



KATHOLISCHE
ELTERNSCHAFT
DEUTSCHLANDS

KED in NRW
Landesverband

Frühjahr 2007

KED Kurrier

Elternmitwirkung macht Schule

Die KED in NRW ist als Elternverband auf Landesebene nach § 77(3) SchG beim Ministerium für Schule in NRW anerkannt.

IN DIESER AUSGABE

Zur Zukunft der katholischen Schulen	3
KED in NRW gibt Anlass für kleine Anfrage im Landtag	8
Zum Stichwort Medienerziehung	12
Hamburgs neues Schulsystem	17

Liebe Eltern, liebe Leserin, lieber Leser!

Ach, die Werte!“ Dieses Thema – Titel eines gar nicht mehr ganz neuen Buches des Reformpädagogen Hartmut von Hentig – beschäftigt derzeit Medien und Menschen. Auch im letzten KED Kurier haben wir einige Aspekte beleuchtet.

Schicken katholische Eltern, die Wert auf Werte legen, ihre Kinder auf eine katholische Schule, damit Kinder dort die Werte lernen? Ist Aufgabe der katholischen Schule die ganz normale Wissensvermittlung und ein bisschen mehr, nämlich die Werte? Wie soll das methodisch gehen, durch Lehrervortrag?



Die KED in NRW hat im März ihre Jahrestagung 2007 durchgeführt zum Thema: „Die Zukunft der katholischen Schule: Schule ist ein Gesicht von Kirche“. Was macht eine katholische Schule aus – oder besser: was sollte sie ausmachen, welchen Auftrag hat sie? In der Realität stößt die spezifische Eigenprägung immer wieder an Grenzen: z.B. Vorgaben des Schulgesetzes, um die Gleichwertigkeit der angestrebten Abschlüsse zu sichern.

Fächerkanon, zentrale Prüfungen, Lernstandserhebungen, Bildungsstandards schränken die Profilbildung und den Spielraum freier Schulen ein. Ein Anstoß der KED hat das Thema zum Gegenstand im Düsseldorfer Landtag gemacht.

Auftrag christlicher Schule und Nachfolge Jesu ist auch das Eintreten für die Schwächeren in der Gesellschaft. Der Bildungsexperte Prof. Munoz hat im Abschlußbericht seiner Untersuchungen im Auftrag der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen die mangelnde Gerechtigkeit bei der Verteilung der Bildungschancen in Deutschland angemahnt. Wohlgermerkt, hier handelt es sich um eine Menschenrechtsfrage! Es darf uns als Christen nicht kalt lassen, wenn Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Lebensumstände geringeren Zugang zu Bildungs- und damit Lebenschancen haben.

Daran etwas zu ändern ist aus Sicht eines Christen wichtiger als der erste Platz bei PISA. Vielleicht hängt beides sogar zusammen. Auch dazu lesen Sie etwas im vor Ihnen liegenden KED Kurier. Und wie immer: Aktuelles aus der Schulpolitik und Notizen aus dem Verbandsleben.

Es grüßt Sie Ihre

Barbara Balbach

Dr. Barbara Balbach, Vorsitzende der KED in NRW

Pater Manfred Kollig auf der Hauptversammlung der KED in NRW zum Thema „Katholische Schule ist Kirche“

Weniger ist nicht immer mehr ...

Nur wenn sie selbst Kirche ist, darf Schule sich „kirchlich“ nennen. Sonst ist kirchliche Schule eine Mogelpackung. Diese These ist der rote Faden, wenn es darum geht, Identität und Aufgabe kirchlicher Schulen zu beschreiben.

Für manche Menschen – überraschend unterschiedlicher Couleur – wird diese Leitidee eher ein rotes Tuch sein. Die einen, die unter Kirche schon immer die perfektere Gesellschaft verstehen, die mutig Werte vertritt und mit allen Mitteln verteidigt, woran man sich festhalten kann, werden einer von ihrem Wesen her unperfekten Schule nie zugehen, Kirche zu sein. Die anderen, die zwar die Vorzüge kirchlicher Schulen in Anspruch nehmen – vor allem den fragwürdigen Vorzug, eine religiös, kulturell und leistungsmäßig homogenere und somit weniger komplexe Lern- und Lebenswelt zu bilden –, scheuen die Bezeichnung Kirche und gestehen kirchlicher Schule bestenfalls zu, einige kirchliche Elemente wie Gottesdienste und Tage religiöser Orientierung im Schulalltag durchzuführen; allerdings nur unter der Voraussetzung, dass dadurch die schulische Karriere der Schülerinnen und Schüler – verstanden im Sinne einer effizienten Erwerbstätigkeit – nicht negativ beeinflusst wird.

Den einen sei gesagt, dass Kirche in ihrer realen Gestalt nie perfekt ist. Sie ist nie vollkommen und stellt sich an konkreten Orten immer nur im Fragment dar. Mehr noch: Kirche hat als ihre vorrangige Aufgabe, Jesus Christus darzustellen und spüren zu lassen, wie er sich zu den Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen verhält, sich auf sie bezieht, sie aufrichtet und ermutigt, ihnen Hoffnung und Zuversicht schenkt. In diesem Sinne ist Kirche Sakrament, also ein Heilszeichen, das in den Menschen wirkt und wirksam werden will. Zwangsläufig nimmt sie schon deshalb diese Aufgabe bruchstückhaft wahr, weil nicht jede Situation es erlaubt, Jesus Christus in all seinen Facetten und in seinem ganzen Reichtum darzustellen. Menschen, die unter Misserfolg und Scheitern leiden, erwarten mit Recht von Kirche ein anderes Heilszeichen als jene, die erfolgreich und glücklich sind. Auch ist sie deshalb unvollkommen, weil Mitglieder der Kirche nicht auf alle Menschen so verständnisvoll, wertschätzend und stützend eingehen können, wie es Jesus Christus getan hat und heute durch Menschen tun möchte. Dass Schule nur einen Ausschnitt menschlichen Lebens vergegenwärtigt, ist folglich kein Grund, ihr die Möglichkeit abzusprechen, Kirche zu sein. Auch eine Pfarrgemeinde und ein Bistum, die Diözese Rom und den Vatikan eingeschlossen,

Für manche wird diese Leitidee ein rotes Tuch sein.



P. Manfred Kollig ss.cc., Leiter der Abteilung Schulpastoral und stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Schule und Erziehung im Bischöflichen Generalvikariat Münster

können nur einen Teil der christlichen Botschaft Fleisch werden lassen, weil dort nie alle Lebenswelten, in die hinein Gott Mensch wurde, wirklich gegenwärtig sind und auch dort keine vollkommen Menschen leben.



Den anderen sei gesagt, dass die Kirchlichkeit einer Schule sich nicht nur auf einige Teilbereiche bezieht, gleichsam einige religiöse Aktionen anbietet wie z.B. beten, meditieren und Gottesdienst feiern. Das Adjektiv „kirchlich“ beschreibt nicht etwas Zusätzliches, was kirchliche Schulen im Unterschied zu Öffentlichen Schulen oder Schulen anderer freier Träger hat oder macht. Vielmehr geht es darum, von der Schularchitektur bis zum Umgang der Menschen

in der Schule, von der Gesprächskultur bis zur Gestaltung von Festen etwas von dem Geist Jesu Christi spüren zu lassen, der eine besondere Aufmerksamkeit für die Bedürftigen hatte; der allen eine Chance gab; der so barmherzig war, dass es ihn sein Leben kostete. Jeder Bereich kirchlicher Schule, unterrichtlich wie außerunterrichtlich, menschlich wie sachlich, muss etwas von Jesus Christus ahnen und erfahren lassen; dann ist Schule Kirche.

Identität kirchlicher Schule: Entwicklungsraum für die Größe des Menschen

Die Definition des Menschen als Ebenbild Gottes

Die Identität kirchlicher Schule wird zunächst einmal durch die Voraussetzungen beschrieben, mit denen wir in dieser Schule arbeiten. In den Dokumenten der Kirche zu Pädagogik und Schule an der Schwelle zum Dritten Jahrtausend wird betont, dass Grundlage für alle Überlegungen zum Thema Schule und Bildung die Definition des Menschen als Ebenbild Gottes ist. „Zu einem solchen umfassenden Menschenbild gehört als wesentliches Kennzeichen auch die religiöse Dimension. Der Mensch besitzt eine Würde und Größe, die ihn über alle anderen Geschöpfe erhebt, weil er nach dem Bild Gottes geschaffen und in einem übernatürlichen Sinn Kind Gottes ist; er ist göttlichen Ursprungs und hat ein ewiges Ziel, das über die Welt hinausweist.“ (Kongregation für das katholische Bildungswesen 1988, Die religiöse Dimension der Erziehung in der Katholischen Schule, Nr. 56)

Den Menschen in der Schule mit dieser Sichtweise zu begegnen, ist Grundlage für den Charakter und das Profil kirchlicher Schule. Den Menschen in den Lernprozessen als jemanden anzusehen und anzuerkennen, der schon eine Persönlichkeit ist und die Würde besitzt, „verewigt zu sein“, ohne eine bestimmte Leistung zu bringen, ist eine Grundeigenschaft von Schule, wenn sie kirchlich sein will.

Auch macht zumindest in unserer westlichen Welt die Identität kirchlicher Schule aus, dass hier Menschen zusammen kommen, die getauft sind. Das bedeutet, wir haben es mit Menschen zu tun, zu denen Gott bereits sein Ja-Wort gesprochen hat, dass er nie mehr zurücknehmen wird. Dieses Ja Gottes zum Menschen darzustellen, gehört zum Wesen von Kirche und deren (schulischen) Einrichtungen.

Zur Identität kirchlicher Schule gehört es auch, eine weltweite Perspektive zu haben und die eigene Sendung im Kontext der Weltge-

meinschaft zu verstehen. Sie gibt sich – wie die Kirche insgesamt – keinen eigenen Auftrag, sondern handelt im Auftrag Jesu Christi und ist gesandt (missionarisch).

Das Wesen kirchlicher Schule ergibt sich demnach weniger durch die Anzahl religiöser Aktionen und Zeichen, sondern vielmehr aufgrund der Menschen, die selbst im Sinne Jesu zum Wirkzeichen in der Schule werden.

Aufgabe kirchlicher Schule: Jesus Christus darstellen

Das Leitbild für die katholischen Schulen im Bistum Münster beschreibt den Menschen als geliebt, ganzheitlich, frei und sozial, begrenzt und versöhnt, gesandt und zur Hoffnung berufen. Aufgabe der Menschen in der Schule ist es, den konkreten Menschen als von Gott geliebten wahrzunehmen und ihn dahingehend zu bilden, dass er sich selbst und auch andere in ihrer Größe wahrnehmen kann.

Schule ist einer der Alltagsorte, an denen stets Gelingen und Scheitern, Erfolg und Versagen vorkommen. Schülerinnen und Schüler spüren, dass sie meistens im Scheitern und Misserfolg weniger geliebt und geachtet werden als sonst. Sie werden deshalb eher sagen: „Ich bin geliebt; spüre es aber noch nicht; sehne mich aber danach.“ Auf diese Sehnsucht eine positive Antwort zu geben, und dies vor allem im Versagen, ist Aufgabe kirchlicher Schule.

Diese Aufgabe erfüllen Menschen in der Schule dann, wenn sie einander motivieren, sich selbst und die anderen wahrzunehmen, wie sie sind: mit den Stärken und Schwächen. Es ist Aufgabe zu lernen, sich und den anderen „ins Gesicht zu schauen“, die Wahrheit anzusehen und das christlich, das heißt liebevoll. Dann muss man auch Fünfen geben, also die Fünf nicht gerade sein lassen; aber man muss gleichzeitig erfahren lassen, dass der andere nur eine kleine Teilleistung nicht erbracht hat, in diesem Misserfolg angenommen ist und nicht als Person mit mangelhaft bewertet wird.

Als besonderes Unterscheidungsmerkmal kirchlicher Schule nennt das Dokument der Bildungskongregation „Die Katholische Schule an der Schwelle zum dritten Jahrtausend“ in Nr. 15 die besondere Aufmerksamkeit für die Schwächsten.

Weltweite und Mission gehören zur Identität kirchlicher Schule. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass nicht nur die Auswirkungen von Ökonomie, Ökologie und Sozialstrukturen weltweit betrachtet werden. Konkret bedeutet das: wir müssen dazu anleiten, die Auswirkungen und Folgen des Denkens und Handelns, des Unterlassens und der Haltungen über die eigenen Landesgrenzen hinaus zu bedenken. Kirchliche Schule muss zu einer „Globalisierung der Barmherzigkeit“ (J.B. Metz) und zur Globalisierung der gegenseitigen Wertschätzung beitragen. Als kirchliche Schule missionarisch zu sein, bedeutet, Menschen in der Schule und darüber hinaus spüren zu lassen, dass Begegnungen mit dem Gott der Christen heilsam sein sollen.

Auf Zukunft hin muss kirchliche Schule sich außerdem der Aufgabe stellen, zur Integration von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen einen aktiven Beitrag zu leisten. Aus den Daten des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass bereits heute ein Drittel der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren einen Migrationshintergrund haben.

... dass er sich selbst und auch andere in ihrer Größe wahrnehmen kann.

Die besondere Aufmerksamkeit für die Schwächsten

Einen aktiven Beitrag leisten

Wenn es darum geht, Menschen etwas von Jesus Christus erfahren zu lassen, der sich der Fremden angenommen und allen eine Chance gegeben hat, kann Schule sich nicht kirchlich nennen, wenn sie diesen Aspekt des Profils Jesu nicht darstellt. Wenn sie sich angesichts dieser Entwicklung „migrationsfrei“ hält oder außen vor bleibt, während in anderen Schulen im Durchschnitt (!) ein Drittel der Schülerinnen und Schüler unter der Perspektive Herkunft, Sprache, Kultur und teilweise auch Religion sich selbst fremd fühlen oder zumindest deren Eltern und Großeltern.

Ausblick

Ein weiter Weg

Identität und Aufgabe kirchlicher Schulen sind nie zu Ende gedacht. Die Heilige Edith Stein, sicher eine Fachfrau für die Pädagogik eines Christenmenschen, sagte einmal, dass es ein weiter Weg sei von dem Christen, der sich gut fühlt, weil er alle Pflichten erfüllt, bis zu dem Christen, der vertrauensvoll an der Hand Gottes geht. Eine Strecke dieses langen Weges in der Schule zu begleiten, ist Aufgabe aller, die als Eltern oder Schüler, Lehrer oder nicht lehrende Mitarbeiter Teil des kirchlichen Schullebens bilden. ■

Notizen von der Hauptversammlung der KED in NRW

Pater Manfred Kollig referiert zur Zukunft der katholischen Schulen und findet gespannte Aufmerksamkeit in der Hauptversammlung der KED in NRW.



Der langjährige stellvertretende Landesvorsitzende Herbert Picht, der aus beruflichen Gründen nicht weiter zur Verfügung stehen kann, wird von Dr. Barbara Balbach mit einem Präsent verabschiedet.

Die alte „Satzung“ der KED in NRW war reif für eine Überarbeitung. Auf der Hauptversammlung am 17. März 2007 wurde die neue Vereinbarung von den Vorständen der Diözesanverbände in Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn verabschiedet, die den Landesverband der KED in NRW bilden. Auszüge:

Die Diözesanverbände der Katholischen Elternschaft Deutschlands – **Art. 1**
KED in den (Erz-)Diözesen Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn bilden eine Arbeitsgemeinschaft. Sie vertritt nach außen hin die Diözesanverbände in bildungspolitischen Fragen auf Landesebene, ist parteipolitisch unabhängig und handelt schulformübergreifend. (...)

Der Landesverband der KED in NRW tritt ein für vorschulische Bildungseinrichtungen und Schulen, die alle Kinder auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes optimal fördern, bilden und erziehen. **Art. 2**
Das bezieht sich auf die Entwicklung der Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtungen, die innere Schulentwicklung und die äußere Schulentwicklung. Dazu gehört eine Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems in NRW, die auch Veränderungen des Systems nicht ausschließt.

Sie hat insbesondere die Aufgaben, durch Unterstützung der Eltern in den Bildungseinrichtungen zum Wohl der Kinder beizutragen, das Elternrecht zu stärken und die Elternmitwirkung zu fördern, auf der Ebene des Landes Nordrhein-Westfalen für die KED in den (Erz-)Diözesen christliche Grundsätze und Anliegen im Bildungs- und Erziehungswesen zu vertreten, die katholischen Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft zu unterstützen sowie sich für den katholischen Religionsunterricht einzusetzen. ■



Unterzeichnung der neuen Vereinbarung durch die Diözesan-Vorsitzenden: (von rechts) B. Neumann (Münster), B. Schreiner (Köln), J. Pitzen (Aachen), H. Picht (Paderborn), es fehlt R. Giavarra (Essen).

Stippvisite: Die Bundesvorsitzende der KED Marie-Theres Kastner, MdL, (links) im Gespräch mit dem Referenten Pater Manfred Kollig und der wiedergewählten Landesvorsitzenden Dr. Barbara Balbach. „Ich freue mich auf einen weiterhin engagierten Landesverband.“



Auszüge aus dem Brief der KED in NRW an
das Ministerium für Schule in Düsseldorf vom
11. Dezember 2006

Bedingungen der freien katholischen Schulen in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

mit unserem Interesse für die freien katholischen Schulen kommen wir auf Ihr Angebot zurück, uns als landesweit tätiger und anerkannter Elternverband direkt an Sie zu wenden. Anlass für unseren Brief sind die veränderten Arbeitsbedingungen dieser Schulen ...

Im Rahmen der Elternmitwirkung bei den Bistümern als Schulträger sind wir mehrfach auf offensichtliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die katholischen Schulen gestoßen. So wurden z.B. die Kopfnoten in Ziffernform auf den Zeugnissen, die Verbindlichkeit der Grundschulgutachten und unlängst die Frage nach Fächer verbindendem naturwissenschaftlichen Unterricht in den Klassen 5 und 6 als zum Berechtigungswesen gehörend erklärt, woraufhin sich die katholischen Schulen an die entsprechenden Vorschriften für das staatliche Schulwesen zu halten haben.

Diese Entscheidungen stoßen bei uns als Elternverband, bei Schulträgern und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern katholischer Schulen auf Unverständnis und lösen Irritationen aus.

Die freien katholischen Schulen haben sich im vergangenen Jahr dafür entschieden, an den Lernstandserhebungen teilzunehmen. Es ist auch im Interesse der Eltern, dass die Abschlüsse und Berechtigungen der freien katholischen Schulen denen der öffentlichen Schulen vergleichbar sind. So ist unserer Einschätzung nach u.a. die verstärkte Betonung der Output-Steuerung zu verstehen, die sich im neuen Schulgesetz niedergeschlagen hat. Zwischenzeitlich wird jedoch die Vergleichbarkeit nicht nur für die Ergebnisse zum Maßstab gemacht, sondern offensichtlich auch für die Arbeitsformen, mit denen diese Ziele angestrebt werden. Wir sehen dadurch die inhaltlich-curriculare, schulorganisatorische und pädagogische Eigenprägung der freien katholischen Schulen beeinträchtigt.

Frau Ministerin Sommer, Sie formulieren im Vorwort zum neuen Schulgesetz: „Die Schulen sollen ihr eigenes pädagogisches Profil entwickeln und den Unterricht sowie das Schulleben weitgehend selbständig und eigenverantwortlich gestalten. Nordrhein-Westfalen geht den Weg von einer überregulierten Schule hin zu einer eigenverantwortlichen Schule.“

Dieses Ziel sehen wir im Blick auf die freien katholischen Schulen und deren pädagogische Eigenständigkeit erheblich behindert.

...

Die in den vergangenen Jahren an katholischen Schulen entwickelten Modelle zur Förderung des Arbeits- und Sozialverhaltens sind wesentliche Bestandteile der pädagogischen Eigenprägung. Diese Modelle waren uns Eltern sowie den beteiligten Lehrern und Schulleitungen ein besonderes Anliegen, da wir hier die ganzheitliche Erziehung und das zugrunde liegende Menschenbild berührt sehen.

...

Wir schätzen dem gegenüber die differenzierte Bildungs- und Erziehungsarbeit der freien katholischen Schulen in ihrer Qualität so ein, dass Ziffernkopfnoten eine völlig inadäquate Dokumentation darstellen.

In der Frage der Grundschulgutachten werden die freien katholischen Schulen in ihrer Selbstständigkeit unnötig eingeschränkt, wenn die wegen ihrer prognostischen Qualität umstrittenen Empfehlungen als verbindlich erklärt werden.

Die KED in Nordrhein-Westfalen sieht die drei angeschnittenen Fragen als notwendige Bestandteile der Eigenprägung des freien Schulwesens an. Wenn in all diesen Feldern das Berechtigungswesen betroffen ist – wie von Ministeriumsseite ins Feld geführt, wird letztlich mit diesem Argument der Gleichmacherei mit den öffentlichen Schulen der Weg bereitet. Inhaltlich-curriculare Entscheidungen, pädagogische Grundoptionen und innovative Entwicklungsideen der katholischen Schulen genossen bislang im Lande hohe Anerkennung.

...

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer, wir bitten Sie dringend, im Interesse der Schulen unserer Kinder, im Interesse der freien katholischen Schulen, wie auch im Interesse der Entwicklung des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen überhaupt, um ein klares Bekenntnis zum freien Schulwesen, um die Revision bereits getroffener Entscheidungen und um eine kritische Überprüfung beabsichtigter Einschränkungen der freien katholischen Schulen. Es kann doch nicht sein, dass eine Landesregierung unter christdemokratischer Führung die Arbeitsbedingungen der freien katholischen Schulen in einem Maße einschränkt, wie wir es in den Jahrzehnten zuvor nicht erlebt haben. Nach unserer Überzeugung ist die Landesregierung dabei schwere Fehler zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Barbara Balbach, Vorsitzende der KED in NRW

Der Brief ist zudem den schulpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen zur Kenntnisnahme zugestellt worden. Er wurde von Ministeriumsseite aus beantwortet. Die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ihn zum Anlass genommen, die angesprochenen Fragen zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage (Text siehe nächste Seite) im Düsseldorfer Parlament zu machen. Die Antwort darauf steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch aus.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sigrid Beer Bündnis 90/Die Grünen

Warum begrenzt die Landesregierung die Freiheit der freien katholischen Schulen?

Der nordrhein-westfälische Landesverband der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) weist darauf hin, dass sich die Arbeitsbedingungen an den freien katholischen Schulen in Nordrhein-Westfalen aktuell verschlechtert haben. Die KED kritisiert, dass bspw. die Kopfnoten in Ziffernform auf den Zeugnissen, die Verbindlichkeit der Grundschulgutachten und die Frage nach dem integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht in den Klassen 5 und 6 als zum Berechtigungswesen gehörend erklärt wurden. Damit sind die freien katholischen Schulen verpflichtet, die entsprechenden Vorschriften für das staatliche Schulwesen einzuhalten. Dies steht im Widerspruch zu dem ansonsten von der Landesregierung propagierten Ausbau der eigenverantwortlichen Schule.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welchen Bereichen wurde die pädagogische Freiheit der freien katholischen Schulen seit Amtsantritt der schwarz-gelben Landesregierung beschnitten?
2. Mit welcher Begründung wurden Maßnahmen im staatlichen Schulwesen wie die Einführung der Kopfnoten, des verbindlichen Grundschulgutachtens und das Verbot des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts als zum Berechtigungswesen gehörend und damit als verbindlich für die freien katholischen Schulen erklärt?
3. In welchen Bereichen sieht die Landesregierung pädagogische Freiheiten für die freien katholischen Schulen gegeben, die über das staatliche Schulwesen hinaus gehen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Teilnahme der freien katholischen Schulen an den Lernstandserhebungen und anderen Instrumenten der Output-Kontrolle bezogen auf die Beschränkung der pädagogischen Freiheiten dieser Schulen?

Die KED Münster bringt Arbeitsblätter heraus, die zur Beschäftigung mit dem neu erstellten **Leitbild für die kath. Schulen des Bistums Münsters** (www.bistummuenster.de – Schule und Erziehung) anregen möchten.

Zum inhaltlich-curricularen Profil

Staatliche Richtlinien und Lehrpläne bilden die inhaltliche Grundlage des Unterrichts. Katholische Schulen prägen, auch bei der Auswahl der Unterrichtsinhalte ein eigenes Profil aus. Kirchliche Erklärungen sprechen von einer „Synthese zwischen Glaube und Kultur“ bzw. „Glaube und Leben“. Gemeint ist damit, dass Schülerinnen und Schüler zu einer wertenden und handelnden Auseinandersetzung mit den im Unterricht behandelten Gegenständen aus christlicher Perspektive angeregt und herausgefordert werden sollen.

Zur Stärkung dieses Profils wird beitragen, wenn die Fachkonferenzen entsprechenden schulinterne Lehrplänen vorlegen oder die Schulkon-

ferenz eine Bestandsaufnahme Fächer verbindender Unterrichtsvorhaben und Projekte anregt, etwa in einzelnen Jahrgangsstufen oder mit einem Teil der Unterrichtsfächer:

Welche Unterrichtsvorhaben und Projekte gibt es schon? Lassen sich vorhandene Formen wie beispielsweise jährlich durchgeführte Projektwochen dazu nutzen, inhaltlich-curriculare Akzente zu setzen?

Beispiel aus einer katholischen Realschule, Osnabrück

(www.thomas-morus-schule.de)

Themen für den fächerübergreifenden, vernetzten Unterricht		
Klasse	1. Halbjahr	2. Halbjahr
5	„Leben in vorgeschichtlicher Zeit“	„Wasser – Leben für alle“
6	„Wir sind Kinder einer Welt“	„Bücher – Lesen macht stark“
7	„Vom rechten Sehen“	„Gegen Hass und Gewalt“
8	„Sucht- und Drogenmissbrauch“	„Mensch – Natur – Technik“
9	„Lebens- und Berufsplanung“	„Verantwortete Sexualität“
10	„Verantwortung für mein und anderes menschliches Leben“	

Beispiel aus einem katholischen Gymnasium aus Stuttgart

(www.amgs.de): *Vernetzter Unterricht*

In der Unterstufe liegt der Vernetzte Unterricht in der Hand des Klassenlehrers. Jedes Schuljahr werden etwa sechs unterschiedliche Themen bearbeitet. Um diese Themen angemessen behandeln zu können, benötigt man Fachwissen aus den Bereichen Religionslehre, Deutsch, Erdkunde, Geschichte, Biologie und Bildende Kunst. Das bedeutet, dass in den Vernetzten Unterricht Inhalte aus diesen (Schul-)Fächern integriert sind. Beispiele für Themen sind:

Unsere Heimat – ein Stück Erde, Unser Körper – uns anvertraut, Menschen der Frühgeschichte, Lebensgrundlage Wasser, Landwirtschaft in Europa, Europa im Mittelalter, Extremräume der Erde, Der Wald

Der Vernetzte Unterricht Naturwissenschaften (VUN) ergänzt ab der sechsten Klasse den Vernetzten Unterricht (VU). Der VUN soll einen die Fachgrenzen übergreifenden Zugang zum Gebiet der Naturwissenschaften insgesamt ermöglichen. Unmittelbare Erfahrung der uns umgebenden Phänomene und ihre Beobachtung sowie eigenes Tun, vor allem im Experiment, stehen im Vordergrund. Beispiele sind:

Von Regen, Wind und Sonnenschein – Mensch und Wetter, Vom Schweben und Fliegen – Wie die Natur es uns lehrt, Von Werkzeugen und Maschinen – Hilfsmittel und was dahinter steckt

Der Vernetzte Unterricht der Mittelstufe wird von Fachlehrerinnen und Fachlehrern gehalten, wobei immer eine Lehrkraft für eine Unterrichtseinheit zuständig ist. In jeder Mittelstufenklasse werden drei verschiedene Themen unterrichtet. Dies sind unter anderem:

Die Neue Welt – Kolonisation und Entwicklung, Die Frage nach Gott – Judentum, Christentum, Islam, Deutschlands Wege im 20. Jahrhundert, Das Erbe weiter geben – Menschsein gestalten ■

Medienkompetenz und Verantwortung

Schlüsselbegriffe einer menschenorientierten Medienkommunikation

Ein Beitrag von Karl Kardinal Lehmann*



Aus christlicher Sicht ist die Kommunikation elementar für das Menschsein. Die Kommunikation findet ihre tiefste Wurzel in der Kommunikationsgemeinschaft der Dreifaltigkeit, in der Vater, Sohn und Heiliger Geist eine Einheit bilden. Weil die Kommunikation zum Humanum gehört, ist damit auch die Qualität von Medien-Kommunikation von unbedingter Bedeutung. Diese Kommunikation in großer Dimension ermöglicht und erleichtert die menschliche Beziehung, verhilft damit letztlich zur Selbstfindung des Menschen. Der Medienpädagogik kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu. (Vgl. Pastoralinstruktion »Communio et Progressio« CP Nr. 64)

Die Kirche versteht Medien- und Kommunikationskompetenz als Schlüsselqualifikation nicht rein technisch. Vielmehr gilt es, den Blick auf die tief greifenden Zusammenhänge zwischen der Menschwerdung, der Kommunikation und den Medien zu richten. Medien sind Mittel dieser Kommunikation, die den Menschen dabei helfen sollen, durch die Vielfalt ihrer Beziehungen einen tieferen Sinn für Gemeinschaft zu entwickeln. (Vgl. CP 8). Dies erfordert eine tiefer gehende Beschäftigung jenseits der Medienwirkungsforschungen, nämlich gerade auch den Blick auf die Inhalte.

Medienkompetenz bedeutet Verantwortung im Umgang mit den Kommunikationsmitteln. So ist Verantwortung der zweite Schlüsselbegriff, wenn es um eine menschenorientierte Medienkommunikation geht (Vgl. exemplarisch nur das Konzilsdekret »Inter mirifica« Nr. 9 und Nr. 11 – Dies wurde vielfältig in den folgenden Dokumenten rezipiert). Verantwortung setzt voraus, offen zu werden für den Anspruch der Wirklichkeit – für das offensichtlich Vorhandene **und** für das Andere.

Medienkompetenz kann und darf jedoch nicht als Aufgabe der Pädagogik (speziell für Kinder und Jugendliche) allein betrachtet werden, sondern ist eine Forderung an jeden Mediennutzer. Was die Vermittlung von Medienkompetenz angeht, ist dies vor aller schulischen Pädagogik eine Chance und Aufgabe der Familie. Hier lernen Kinder Kommunikation, die Grundlage für den Mediengebrauch. Das ist auch Lernfeld für die Eltern. Die systematische Vermittlung von Medienkompetenz wird sich dann in der Schule vollziehen müssen, jedoch nur in Ergänzung und in Begleitung der Erfahrungen im familiären Bereich und im Kreis der Freunde und Altersgenossen.

Auch die Medien selbst sind gefordert, wenn es um die Vermittlung von Medienkompetenz geht (CP 71f). Sie haben einen eigenen Bildungsauftrag, der letztlich auch Bildung zum Mediengebrauch umfasst. (Vgl. Apostolisches Schreiben »Die schnelle Entwicklung von Papst Johannes Paul II. vom 24. Januar 2005« Nr. 11) Dies zeigt sich auch mit Blick auf die Programmgestaltung. Verantwortung wird nicht nur dort ausgeübt, wo eine institutionalisierte Kontrolle zum Zuge kommt. Es kommt auch auf die Selbstkontrolle an. Dies beginnt bereits bei der Frage, ob eine bestimmte Sendung oder ein Format überhaupt produziert werden soll. Eine von Verantwortung geprägte Grundhaltung müsste also nicht nur am tatsächlichen Programm selbst abzulesen sein, sondern auch an dem, was gerade **nicht** Programm geworden ist. Auch hier liegt ein Indikator für das Bekenntnis zum Jugendschutz und zur Förderung von Medienkompetenz.

** Den vollständigen Text des hier in einer Zusammenfassung abgedruckten Vortrages finden Sie auf der BPJM-Homepage (www.bundespruefstelle.de).*

10 Tipps zu Medien und Erziehung

Medienerziehung ist eine Erziehung mit Medien, nicht gegen sie. Die Bundesprüfstelle unterstützt Sie bei der Suche nach empfehlenswerten Medienangeboten und bietet Ihnen zu allen Medien eine ständig aktualisierte Auswahl von Materialien, Tipps und Empfehlungen.

„10 Tipps zu Medien und Erziehung“ sind ein Beispiel hierfür. Sie sollen Eltern stärken, ihre Kinder zu einer verantwortungsbewussten Mediennutzung zu erziehen.

1. Wie Medien sinnvoll genutzt werden können, lernen Kinder und Jugendliche durch das Vorbild und die Anleitung der Eltern und Erziehenden.
2. Medien bieten Unterhaltung, ermöglichen Kommunikation und vermitteln neue Informationen über unsere Welt. Wer den „neuen Medien“ unvoreingenommen gegenübersteht, wird von Kindern und Jugendlichen auch dann ernst genommen, wenn er die Gefahren und Nachteile von Medieninhalten anspricht.
3. Je jünger die Kinder sind, desto wichtiger ist es, darauf zu achten, wie lange Kinder Medien nutzen und mit welchen Inhalten sie konfrontiert werden. Heranwachsende brauchen mit zunehmendem Alter mehr Freiräume.
4. Es ist wichtig, dass Eltern und Erziehende vor Kindern und Jugendlichen einen eindeutigen Standpunkt zu negativ bewerteten Medieninhalten vertreten.
5. Vereinbaren Sie mit Ihren Kindern klare Regeln, welche Medien und Medieninhalte wann und wie lange genutzt werden dürfen. Achten sie auf deren Einhaltung.
6. Zeigen Sie Interesse an den von Ihren Kindern genutzten Medien. Dies erleichtert es den Heranwachsenden, die Argumente der Erwachsenen zu verstehen und gesetzte Grenzen zu respektieren.
7. Setzen Sie Medien nicht als vorrangiges Mittel für Belohnung und Strafe ein, da ansonsten den Medien eine zu große Bedeutung im Bewusstsein von Kindern und Jugendlichen beigemessen wird.
8. Vermitteln Sie Ihrem Kind die wichtigsten Sicherheitsregeln gerade auch im Internet und im Chat. Zum Beispiel: Adresse und Telefonnummer nicht weitergeben! Fantasienamen nutzen! Alter und Namen nicht durch Nickname oder E-Mail-Adresse verraten!
9. Mit technischen Mitteln (z.B. Jugendschutzprogrammen) allein kann im Internet kein ausreichender Schutz vor gefährdenden Inhalten erreicht werden. Sie ersetzen nicht die Aufsicht durch die Erziehenden. Schaffen Sie eine Vertrauensbasis, die es dem Kind erleichtert, jederzeit bei schockierenden Inhalten und bei Belästigung im Chat zu Ihnen zu kommen.
10. Informieren Sie sich, welches Buch, welcher Film, welches Computerspiel für welches Alter pädagogisch empfehlenswert ist. ■

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien – Aktuell 3/2006

Nach dem Amoklauf eines 18-jährigen ehemaligen Schülers an der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten fragte „kirchensite.de“ Michael Sandkamp nach Faktoren, die in eine solche Extremsituation führen können.

„Innere Stärke durch Beziehungen“

kirchensite.de: Liegt für Sie der Auslöser einer solchen Tat in gewaltsamen Computer- und Videospielen?

Michael Sandkamp: Da kommen sicher mehrere Faktoren zusammen. Ich denke, dass es durch solche Medien eine neue Form der Aggressionsaufladung gibt, wie wir sie noch vor zwei Jahrzehnten nicht kannten. Jugendliche werden aggressiv ohne eine angemessene körperliche Aktionsmöglichkeit zu haben. Aber solche Medien als alleinige Auslöser zu sehen, finde ich kurzsichtig.

Was sind andere Faktoren?

Wir haben in Deutschland eine grundsätzliche Problematik im schulischen System. Wir planen Schule und Unterricht so, als ginge es darum Defizite aufzufüllen. Besser wäre zu schauen, wo Ressourcen, Kompetenzen und Talente bereits vorhanden sind, die wir fördern können. Uns fehlt die Wertschätzung für das, was Kinder schon mitbringen. Das führt fast zwangsläufig zu negativen Erfahrungen und Frust bei den Schülern und endet in Einzelfällen in Extremen. Das ist ausdrücklich keiner Schule und keinem Lehrer im Einzelnen vorzuwerfen, sondern ein grundsätzliches Problem der Schule.

Die Schule als Nährboden für Frustration?

Ja sicher, Zehntausende von Familien können das bestätigen. Zudem wird Frustration durch Stigmatisierung hervorgerufen. Unser Schulsystem zwingt uns, schon neunjährige Kinder aus der gemeinsamen Grundschule heraus etwa der Schulform Hauptschule zuzuordnen, und wir entscheiden damit gleichzeitig über eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, in der Dauerarbeitslosigkeit zu enden. Eine Ausgrenzung, die die Umgebung der Kinder und sie selbst früh wahrnehmen und die sich in der weiteren Schullaufbahn oft noch verstärkt.

Was müsste sich ändern?

Wir müssen mehr Energie darauf verwenden, Schülerinnen und Schüler mit innerer persönlicher Stärke auszustatten. Schulen müssen verstärkt die Gestaltung von förderlichen Beziehungen in den Blick nehmen. Ich bin übrigens davon überzeugt, dass viele Lehrer das ebenso sehen und sich nach Kräften bemühen. Die Jugendlichen müssen Beziehungen erleben können und entwickeln, die sie für ihr Leben mit innerer Stärke versehen und mit dem Gefühl etwas wert zu sein.

Wie müsste das konkret aussehen?

Ich bin diesbezüglich überzeugt von dem Konzept der pädagogisch verantworteten Schule an ganzen Tagen, die allen Schülern offen steht. Schule wird dort als ein Ort verstanden, wo kognitive und motorische Tätigkeit, ästhetische Anregungen und Muße einen Rhythmus haben. Dort gibt es Lehrer in ihrer Rolle als Erzieher und Kompetenzvermittler, daneben aber ein multiprofessionelles Team, bestehend aus Krankenpflegern und Kantinenpersonal, Sozialarbeitern und Psychologen und auch aus Schulseelsorgern. Wenn Schule ein entscheidender Lern- und Entwicklungsraum für Kinder ist – und als solcher ist sie gesellschaftlich gedacht – dann sollte die Gesellschaft solche Räume im Interesse ihrer eigenen Zukunft gut ausstatten und optimal organisieren.

Ein großer Aufwand! Ist diese Fürsorge nicht in erster Linie Aufgabe in der Familie?

Ich tue mich schwer, bei den immer komplexer werdenden Anforderungen den Familien den schwarzen Peter zuzuschieben. Die grundsätzliche, erste Erziehungskompetenz in den Familien stelle ich nicht in Frage. Die Familienbeziehungen und Familiengefühle sind für die Kinder die wichtigsten und zwar unabhängig davon, ob sie förderlich oder nicht förderlich für ihre Entwicklung sind. Der Staat kann eher etwas ändern im schulischen Umfeld. Ich habe etwas gegen den staatlichen Übergriff auf die Familie.



Michael Sandkamp, Leiter des Referates Eltern und Schule in der Abteilung Schulpastoral des Bischöflichen Generalvikariates in Münster und Geschäftsführer der KED in NRW.

Wie wichtig ist der Seelsorger in diesem Gefüge?

Er gehört zum „multiprofessionellen Team“ dazu. Weil er sich um etwas kümmert, was jenseits der vollständigen Versorgung im Schulalltag liegt. Er hat eine Aufmerksamkeit für Sinnfragen der Schüler und kann selbst solche Sinnfragen anstoßen. Er kümmert sich damit um die Lebenssehnsucht der jungen Menschen. Er wird quasi der Anwalt der Seele.

Tut Kirche genug in diesem Bereich?

Ich sehe ein Problem: Wir haben uns mit kirchlichen Kontaktflächen aus den als problematisch zu bezeichnenden Milieus verabschiedet. In vielen kommen wir einfach nicht vor. Ich fürchte, wir sind mit unserem schulischen Angebot nicht dort, wo vor allem die beschriebenen grundlegenden Zukunftssorgen und die damit zusammenhängenden Probleme beheimatet sind. Um etwas zu bewegen, müssen wir als Kirche eine neue Aufmerksamkeit für die entwickeln, die zu kurz kommen. Sonst bleibt es bei der wichtigen und in vielen Bereichen guten Reparaturarbeit und Nachsorgearbeit, die aber erst beginnt, wo die Beziehung bereits verloren gegangen ist.

Interview und Foto: Michael Bönke, 29.11.2006

Muñoz sticht ins Wespennest

Der Bericht des UN-Beauftragten Vernor Muñoz über Defizite des deutschen Schulsystems wirkte wie ein Stich ins bildungspolitische Wespennest und löste hitzige Debatten aus. In Nordrhein-Westfalen, wo SPD und Grüne die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und längere gemeinsame Lernzeiten aller Kinder fordern, versuchten die Koalitionsparteien die Bedeutung des Berichts herunterzuspielen. Die Opposition sah sich dagegen in ihrer Forderung nach einer grundlegenden Strukturreform des noch aus wilhelminischer Zeit stammenden Schulsystems bestätigt.

In einer ersten Stellungnahme wies Schulministerin Barbara Sommer (CDU) darauf hin, NRW werde in dem Bericht an keiner Stelle namentlich genannt. Sie wies den Vorwurf zurück, dass das Schulsystem „selektiv und diskriminierend“ sei. Ebenso wenig treffe der Vorwurf zu, es gebe eine „ausgeprägte Auslesementalität“. Die Landesregierung habe die Grundlage für Durchlässigkeit im Schulsystem gelegt und setze auf individuelle Förderung.

Als eine „Momentaufnahme“ und eine „Außenansicht auf das deutsche Schulsystem“ wertete der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Bernhard Recker, den Bericht für den Menschenrechtsrat der UN und vertrat die Ansicht, Muñoz wolle das gegliederte Schulsystem nicht abschaffen. Seinen

Hinweisen, Deutschland müsse mehr empirische Bildungsforschung betreiben und den Zusammenhang von schulischer Arbeit und Bildungserfolg genauer analysieren, müssten ernst genommen werden.

Schweres Geschütz brachten die Oppositionsparteien gegen die Schulpolitik der Landesregierung in Stellung. Die frühere Schulministerin und stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Ute Schäfer aus Lage, verlangte eine „ideologiefreie Debatte“ über die beste Bildung. Der Muñoz-Bericht dürfe nicht diskreditiert werden, „nur weil der kritische Blick von außen nicht in die bildungsideologischen Vorstellungen einzelner Parteien passt“.

Die grüne Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann bezeichnete das in Nordrhein-Westfalen praktizierte frühe Aussortieren von Kindern als „Verletzung der Menschenwürde“. Wer jetzt noch eine Strukturreform blockiere wie CDU und FDP, „der opfert die Zukunft der Kinder auf dem Altar bornierter politischer Ideologie.“

Auch in Berlin löste der Bericht heftige Debatten aus. Nach Ansicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) steht das deutsche Schulsystem zu Recht am Pranger. Der Philologenverband dagegen bezeichnete den Bericht als „dünnen kalten Kaffee“.

Der Arbeitgeberverband sprach von einem „verzerrten Bild“, Sozialverbände dagegen forderten mehr gemeinsamen Unterricht mit behinderten Schülern. ■

Neue Westfälische, 22. März 2007, Peter Jansen



Sonderberichterstatter Muñoz

Die CDU in der Hansestadt verabschiedet sich vom dreigliedrigen Schulsystem. Es soll nur noch Gymnasien und Stadtteilschulen geben.

Das „Hamburger Modell“

Hamburg schreibt dieser Tage Bildungsgeschichte. Das Wort ist nicht zu groß, denn die regierende CDU hat gewagt, was noch vor Kurzem undenkbar war: Sie hat sich vom dreigliedrigen Schulsystem verabschiedet! An seine Stelle soll ein Modell treten, das aus zwei Säulen besteht, dem Gymnasium und der Stadtteilschule, die alle übrigen Schulformen vereint, die Haupt- wie die Gesamtschule schluckt – und auch den Weg zum Abitur öffnet.

Dieser Schritt ist historisch, weil der Streit von SPD und Union um die Schulstruktur jahrzehntelang die Bildungspolitik in Westdeutschland prägte und lähmte. Gerechtigkeit!, forderten die Roten und traten für die Gesamtschule ein. Leistung!, konterten die Schwarzen und beharrten auf der vermeintlich begabungsgerechten Aufteilung der Schüler auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium. (...)

Die CDU/CSU, bestärkt durch das gute Abschneiden der von ihr regierten Länder in der Pisa-Studie, sah zunächst keinen Anlass, vom »bewährten« Schulsystem Abstand zu nehmen. Doch jede neue Pisa-Runde machte deutlich, dass Deutschlands Schulen ein eklatantes Gerechtigkeitsproblem haben. In kaum einem anderen Staat bestimmt die soziale Herkunft so stark die Schülerleistungen wie hier.

Sorgen bereiten vor allem die so genannten Risikoschüler, die als 15-Jährige nicht richtig lesen und rechnen können – in Hamburg gehört fast jeder Dritte dazu. Bildungsforscher haben als eine Ursache für diesen Missstand die Vielgliedrigkeit des Schulsystems identifiziert. Wo die Hauptschule zur Restschule wird, ballen sich alle Probleme. Eine geordnete Wissensvermittlung ist kaum noch möglich.

Es ist erfreulich, dass sich die Hamburger CDU diesem Problem stellt. Ermutigt sieht sie sich durch CDU-regierte Länder in Ostdeutschland, die gute Erfahrungen mit einem zweigliedrigen Schulsystem machen. Auch in Schleswig-Holstein unterstützt die CDU die Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen. Mit der Stadtteilschule, die ein langsameres Lerntempo einschlägt, sich stärker an der Berufspraxis orientiert und in kleineren Klassen individuelles Lernen ermöglicht, könnte sich sogar ein Schultyp entwickeln, der den Gymnasien Konkurrenz macht. Die SPD wird sich diesem Modell nicht verschließen können, zumal viele ihrer Ideen dort eingeflossen sind. Auch andere CDU-regierte Länder könnten auf den Geschmack kommen, denn vielerorts wenden sich Eltern von der Hauptschule ab. Im Streit um die Schulstruktur bahnt sich ein historischer Kompromiss an. Endlich! ■

Thomas Kerstan, DIE ZEIT, 18.01.2007 Nr. 04

Entsteht im Norden das Schulschlaraffenland?. Ein Gespräch mit dem Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenorth

Mit Abstand das intelligenteste Konzept



Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth, Lehrstuhl für Historische Erziehungswissenschaft an der HU Berlin

Heinz-Elmar Tenorth: ... Ich war sehr angetan, als ich das Papier der Hamburger CDU las. Es ist bei Weitem das intelligenteste Konzept, das mir seit langem zu diesem in Deutschland so quälenden Thema begegnet ist.

...Weil die Stadtteilschule damit die Möglichkeit zum Abitur eröffnet. Damit ist die unterschiedliche Wertigkeit der Schulformen – hier das Gymnasium für die zukünftigen Akademiker, dort die anderen Schulformen für die praktischen Berufe – zumindest abgemildert. Funktional hebt die Hamburger CDU die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems damit sogar auf, und zwar ohne das Gymnasium abzuschaffen. Das nenne ich intelligent.... Das Modell schreibt den Eltern zu Recht nicht vor, dass sie ihr Kind auf eine Einheitsschule schicken müssen. Ihnen bleibt nach der vierten Klasse weiterhin die Wahl zwischen zwei Schulformen, die jedoch im Prinzip beide bis zum Abitur führen können. Das Gymnasium in acht Jahren und die Stadtteilschule nach neun Jahren.

ZEIT: Werden Hauptschüler zu besseren Lernern, wenn man sie zusammen mit Realschülern in eine Schule steckt?

Tenorth: Natürlich nicht, auch wenn das höhere Anregungsniveau ihren Leistungen durchaus zugute kommen kann. Viel wäre ja bereits erreicht, wenn es die Stadtteilschulen in schwierigen Vierteln schaffen würden, dass alle Schulabgänger so lesen, rechnen und schreiben könnten, wie es für eine Berufsausbildung nötig ist. Genau daran mangelt es vielen Hauptschülern, wie wir wissen.

Und in eher bürgerlichen Quartieren?

Da könnten sich die Lehrer der neuen Schule stärker bemühen, möglichst viele Schüler nach der zehnten Klasse doch noch bis zum Abitur zu bringen. Das ist die Chance der Stadtteilschule. Sie kann ihr Angebot auf die Bedürfnisse der Schüler ihres Viertels einstellen – übrigens traditionell ein sozialdemokratisches Modell.

Die frühe Auslese der Schüler korrigiert das Modell jedoch nicht?

Das stimmt. Aber sie kann später leichter korrigiert werden. Wer heute nach Klasse vier auf eine Haupt- und Realschule kommt, schafft nur im Ausnahmefall später den Sprung aufs Gymnasium. ...

Das Modell erfordert von den Lehrern, den Unterricht individuell auf die Fähigkeiten ihrer Schüler abzustellen. Können sie das?

Das wird die größte Herausforderung für die Stadtteilschule sein. Deutsche Lehrer kommen mit Leistungsunterschieden zwischen den Schülern nicht gut zurecht, die Grundschulpädagogen ausgenommen. Sie bevorzugen den Lernzuwachs im Gleichschritt....

Am meisten überrascht, dass das Modell gerade von der CDU kommt.

Auch die Konservativen müssen sich den Realitäten stellen. Wir haben heute auf der einen Seite das Gymnasium, in dem sich in den Großstädten bis zu 50 Prozent der Schüler anmelden. ... So ist die Hauptschule in vielen Großstädten nur noch eine Restschule, in der sich all jene versammeln, die sozial, kulturell und leistungsmäßig schlecht gestellt sind. Selbst mit einem guten Abschluss haben diese Schüler keine Chance auf eine Lehrstelle, weil sie das Stigma Hauptschule tragen. Das ist übrigens in Bayern ganz anders. ...

Da fragen sich viele: Warum schaffen wir nicht gleich die Einheitsschule, die international doch fast die Regel ist.

Tenorth: In kaum einem Land gehen die Schüler unabhängig von Herkunft und Leistung tatsächlich alle auf eine Schule. Selbst in Ländern, die offiziell ein Einheitsschulsystem haben, gibt es für die Privilegierten separate Bildungswege. In Frankreich sind es die katholischen Lyzeen, in England die Internate, in den USA die teuren Privatschulen. ...

Skandinavien ...

... ist anders. Dort haben wir eine Gesellschaft, die bereit ist für eine Einheitsschule bis zur Klasse neun oder zehn. Bei uns dagegen ist das Gymnasium von je her stark im Bewusstsein des Bürgertums verankert. ... Bildung war für das deutsche Bürgertum stärker als anderswo Privileg und Besitz, die es zu verteidigen galt. ...

Sind Sie, als Experte der Geschichte der Bildungsreformen, optimistisch oder pessimistisch angesichts der heutigen Neuerungen?

Ich bin nach allen historischen Erfahrungen nur dann optimistisch, wenn der Staat sich aus der Schule weitgehend heraushält. Konkret sollte er sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu sichern, Leistungsstandards für die Fächer vorzugeben und diese drei-, viermal im Laufe einer Schulkarriere zu überprüfen. Alles andere sollte er Lehrern und Eltern überlassen.

... Gleichzeitig zieht der Staat zurzeit die Daumenschrauben an. Neben den Standards gibt es Vergleichsarbeiten, Schulinspektionen, alle möglichen Berichtspflichten. Das Misstrauen und das Kontrollsystem erinnern ja fast schon an die DDR.

... Ich wünsche mir, dass Politiker einmal sagen: Jetzt lassen wir die Schulen einmal ein paar Jahre in Ruhe, die Erwartungen sind ja formuliert.

Das Gespräch führte Martin Spiewak, DIE ZEIT, 18.01.2007 Nr. 04

Das Mindener Freiherr vom Stein-Berufskolleg macht einen Versuch: Es führt Arbeitszeitkonten für Lehrer ein. Das Ziel: den tatsächlichen Unterrichtsaufwand deutlich machen. Von Katrin Heine, wdr.de

108 Minuten für eine Deutschstunde

Ich möchte Vorurteile entkräften, Lehrer hätten sowieso nur Halbtagsjobs und zuviel Ferien. Das Modell soll transparent machen, wie viel wir tatsächlich arbeiten“, sagt Schulleiter Michael Paul. Er hat das Arbeitszeitmodell angestoßen. Jede Unterrichtsstunde wird dabei mit 75 bis 108 Minuten angerechnet je nach Vorbereitungsaufwand. Bei dem Projekt, das in NRW einmalig ist, soll erfasst werden, wie viel Lehrer



Infos unter <http://arbeitszeit.fvs-berufskolleg.de/>

neben der reinen Unterrichtszeit zusätzlich arbeiten. „Es berücksichtigt sowohl die Vorbereitung der Stunden als auch Korrekturen von Klassenarbeiten, Verwaltungsaufgaben und Klassenfahrten“, erläutert Paul. So wird eine Deutschstunde in der gymnasialen Oberstufe beispielsweise mit einem Faktor von 1,8 berechnet, dem Lehrer werden damit 108 Zeitminuten auf seinem Konto gutgeschrieben. Darin sind die Unterrichtsvorbereitung und Korrekturen der Klausuren eingeschlossen. Abiturprüfungen werden zusätzlich berechnet.

„Schulen sollen sich selbst organisieren“

„Unterricht macht nur 75 Prozent der Arbeit von Lehrern aus. 25 Prozent sind organisatorische Arbeiten im Schulbetrieb oder Projekte wie Chor oder Theater-AG“, erklärt Paul. Auch dass der Arbeitsaufwand für Hauptfächer höher sei als zum Beispiel Sportunterricht, berücksichtige das Modell. 150 Schulen in Nordrhein-Westfalen haben sich beim Freiherr vom Stein-Berufskolleg bereits über das Modell informiert, das die Schule selbst in den vergangenen drei Jahren entwickelt hat.

Das Düsseldorfer Schulministerium verfolgt das Projekt interessiert. Es plant allerdings nicht, das Modell an anderen Schulen zur Pflicht zu machen. Das Mindener Berufskolleg könne die Erkenntnisse womöglich für seine Team-Organisation nutzen: „Arbeitszeitstudien mit Lehrern haben ergeben, dass viele mehr arbeiten als vorgeschrieben, viele aber auch weniger. Die Kollegien müssen die Arbeit dann gerechter verteilen.“

Gewerkschaft hält Modell für „riskantes Manöver“

Optimismus bei der Schule, Wohlwollen beim Ministerium, Zurückhaltung bei der Gewerkschaft: Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen, bezweifelt den Erfolg des Arbeitszeitmodells. „Die Probleme an Nordrhein-Westfalens Schule können nur im Landeshaushalt gelöst werden. Die Arbeitsbelastung der Lehrer verringert sich nicht, nur weil ihre Stunden gezählt werden. Was wir brauchen, sind Neueinstellungen“, fordert er. Lauber fürchtet sogar um den Schulfrieden. „Das Modell ist ein riskantes Manöver, da es unter den Kollegen zu Spannungen und Konkurrenzdruck führen kann.“ ■

Werten lernen

Hartmut von Hentig, der deutsche Pädagoge, leistet mit seinem Buch einen, wie ich finde, bedeutsamen Beitrag zur Diskussion um die so genannte Wertevermittlung. Es ist ein ausgesprochen kluges Buch – allerdings mit akademischem Anspruch. Vorerfahrungen mit einschlägiger wissenschaftlicher Literatur sind sicher von Vorteil. Es geht ihm „um eine uralte Sache: Die jungen Menschen müssen die Tauglichkeit der Tugenden erfahren, die wir ihnen ansinnen. Sie müssen die Werte an dieser Erfahrung bewusst machen. Anlass und Ausgangspunkt hierfür sind die Aufgaben, die unser geschichtliches Leben uns stellt.“ Anschließend prüft von Hentig, ob die Pädagogik hierfür überhaupt zuständig ist, mustert die Mittel und Verfahren der Pädagogik für die eigens geforderte „Werteerziehung“, berührt die Rolle der parlamentarischen Demokratie und verhandelt im letzten Teil das Verhältnis von Religion, Ethik und Philosophie. „Was für eine Welt wollen wir? Diese Frage dürfen weder offen lassen (...), noch dürfen wir unsere Vorstellung vom guten Leben den Mitteln und Verhältnissen opfern.“ Von Hentig misstraut den in der Schule geläufigen Verfahren. „Lehrer behandeln, erklären und fragen ab, Schüler betrachten, lesen, schreiben, denken nach und geben dies wieder.“ Er plädiert engagiert dafür, dass „die Sache den Erziehenden und Lehrenden selber wichtig sein“ muss, sowie dafür, dass „alles Lernen mit Erfahrung zu verbinden“ ist. Sympathisch sind auch seine Überzeugungen: „Nichts, was bleiben soll, kommt schnell.“ „Die Person der Erziehenden oder der Lehrenden muss ins Spiel kommen.“ „Wie wenig Belehrung leistet, die meist auf eindringliche Benennung von Werten hinausläuft, wissen alle, die es versucht haben.“

Wie es dann noch gelingt, quasi im Nachwort eine Definition von Bildung vorzunehmen und in den Anmerkungen eine Liste von Werten und Wertkomplexen aufzustellen, (die er so bereits 1988 niederlegte) – das signalisiert, auf welch profundem Grund und mit wie viel heiligem Ernst es Hartmut von Hentig um die Sache geht. „Wie kommt es, dass man Werten freiwillig folgt? Was machen wir mit den Wertekonflikten? Wie hält man die Paulinische Einsicht aus: Ich weiß was gut ist, aber ich tue es nicht?“ Von Hentig erweitert die grob vereinfachende Diskussion um die so genannte Wertevermittlung, die oft lediglich das Einüben von Regeln, das Vermitteln einiger Konventionen und das Einschärfen von Tugenden meint. Er steht für eine Pädagogik, die jungen Menschen eine Abwägung von Werten nahe legt, Wertentscheidungen abverlangt, ethische Kompetenzen fördert, die vor allem die Begründung für Entscheidungen meint. Mit einem Appell, in der Schule wieder mehr Werte zu vermitteln oder mit den jetzt eingeführten Kopfnoten ist es nicht getan – das hat mit werten lernen nichts zu tun.

„Ach, die Werte! Und, ach, deren flinke Vermittler!“ Sein Kopfschütteln teile ich. Hartmut von Hentigs Buch ist mehr wert, als so manche gegenwärtige schulpolitische Anstrengung. ■



Hartmut von Hentig, *ACH, DIE WERTE – Ein öffentliches Bewusstsein von zwiespältigen Aufgaben – Über eine Erziehung für das 21. Jahrhundert*, München, Wien 1999

Neuer Vorstand in Aachen

Seit dem 30. Januar 2007 hat die KED im Bistum Aachen wieder eine Vorsitzende: Einstimmig wählte die Mitgliederversammlung Jutta Pitzen zur Nachfolgerin von Liane Schoofs, deren Position ein Jahr lang vakant geblieben war.



Jutta Pitzen (links im Bild) kommt aus Viersen, sie ist beruflich als Kunsthistorikerin in der Städtischen Galerie im Park in Viersen tätig und engagiert sich als Schulpflegschaftsvorsitzende am Gymnasium ihres 15-jährigen Sohnes. Seit 10 Jahren arbeitet sie im Vorstand der KED im Bistum Aachen und auf der Landesebene der KED in NRW mit.

Zur neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wurde ebenfalls einstimmig Martina Icking gewählt (rechts im Bild), ebenfalls aktiv in verschiedenen Gremien der Schulen ihrer drei Kinder. ■

40 Jahre Elternbildung in Paderborn

Paderborn, 11. November 2006. Mit einem Festakt würdigte das Erzbistum Paderborn am Samstag in der Bildungsstätte Liborianum das seit 40 Jahren andauernde Engagement des Bistums im Bereich der Elternbildung. Vertreter der ersten Stunde, Referenten, Schulleiter und Elternvertreter verdeutlichten die bleibende Aktualität und Dringlichkeit kirchlicher Informations- und Bildungsangebote für Eltern. Den Festvortrag hielt Marie-Theres Kastner, MdL-NRW und Bundesvorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED), zum Thema „Starke Eltern, starke Kinder“.

„Wir sind überzeugt, dass wir uns auch in Zeiten knapper werdender Mittel im Bereich der Elternbildung engagieren müssen, geht es doch letztlich um das Wohl der Kinder und Jugendlichen und damit auch um unsere Zukunft“, sagte Generalvikar Alfons Hardt am Beginn der Veranstaltung. Gegenwärtig werde viel über Erziehungsnotstände, Bildungskrisen, Elternversagen und Schulprobleme gesprochen. Im Blick darauf stellte Generalvikar Hardt fest, seit 40 Jahren gebe es im Erzbistum Paderborn ein in dieser Form in Deutschland einmaliges Unterstützungsangebot für Eltern in Erziehungs- und Schulfragen. Durch das umfangreiche Elternbildungsangebot der Hauptabteilung Schule und Erziehung im Erzbischöflichen Generalvikariat leiste das Erzbistum einen wichtigen diakonischen Beitrag zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen.

Die Elterninformations- und Elternbildungsarbeit des Erzbistums sei zuallererst Hilfe zur Selbsthilfe für Eltern, indem sie diesen auf dem Hintergrund des christlichen Glaubens brauchbare und praxisnahe Hinweise für das eigene erzieherische Handeln anbiete, diagnostizierte Generalvikar Hardt. Ebenso werde die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Elternhaus, Kindergarten und Schule im Interesse der Kinder

gefördert. „Dabei geht es insbesondere darum, die Eltern zur engagierten Mitsprache in Erziehungs- und Bildungsfragen zu ermutigen, damit sie ihre gesetzlichen Mitwirkungsrechte auch verantwortungsbewusst wahrnehmen. Dazu gehören auch praxisnahe Anregungen für die Arbeit der Klassen- und Schulpflegschaften und Informationen über aktuelle Schul- und Bildungsprobleme.“

Seit nunmehr 40 Jahren werde durch die Hauptabteilung Schule und Erziehung im Erzbischöflichen Generalvikariat jeweils zum Beginn eines neuen Schuljahres eine Themen- und Referentenliste herausgegeben, sagte der zuständige Abteilungsleiter Roland Gottwald. Interessierten Eltern in Kindergärten und Schulen im Bereich der Erzdiözese Paderborn würden so über 50 Referenten mit mehr als 250 Themen als Informations- und Gesprächspartner zur Verfügung stehen. „Die Kindergärten und Schulen, Erzieher, Lehrer und Eltern wählen sich aus der umfangreichen Liste passend auf ihre Fragen und Bedürfnisse ihr Thema und ihren Referenten aus. Sie treten selbst mit den Referenten in Kontakt, laden die Eltern als Teilnehmende ein, organisieren somit die Veranstaltung selbst. Durch die Informationen zu den Referenten und Themen und durch die Finanzierung der Veranstaltung unterstützt das Erzbistum.“ Jährlich würden auf diesem Weg 300 bis 400 Veranstaltungen mit rund 10.000 Teilnehmern durchgeführt werden, informierte Gottwald. In Kindergärten und Grundschulen fänden die meisten Veranstaltungen statt, wobei Erziehungsfragen („Das 1x1 der Erziehung“) und der Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen, aber auch Fragen der religiösen Erziehung die wichtigsten Themenfelder seien.



Generalvikar Alfons Hardt, Bundesvorsitzende der KED Marie-Theres Kastner, Abteilungsleiter Roland Gottwald und Hauptabteilungsleiterin im Generalvikariat Paderborn Theo Ahrens

„Die Bildung der Kinder kann ohne die Unterstützung der Eltern nicht gelingen. Deshalb ist die Begleitung und Unterstützung der Eltern unerlässlich“, sagte die Landtagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED), Marie-Theres Kastner in ihrem Festvortrag. Angebote der Elternbildung müssten vorgehalten werden, und hier leiste das Erzbistum Paderborn und die KED einen wichtigen Beitrag. „Das Stark-Machen der Eltern um Willen ihrer Kinder ist unentbehrlich. Unterstützung ist heute das Gebot der Stunde, für die sich Politik und Kirche einsetzen müssen“, so die Landtagsabgeordnete weiter.

Eltern suchten in unserer Zeit nach einer guten Erziehung und Bildung für ihre Kinder, erinnerte Herbert Picht, Vorsitzender der KED Paderborn. Dies sei jedoch kein leichtes Unterfangen. Es sei umso wichtiger, dass das Erzbistum Paderborn durch das Elternbildungsangebot Eltern begleite und unterstütze. „Kinder brauchen eine Erziehung und Bildung, die ihnen Orientierung gibt und Werte vermittelt.“ Deshalb sei es auch wichtig, dass sich Gesellschaft, Politik und Kirche weiter für das Wohl der Kinder einsetzen würden. ■

Die Arbeit der KED in NRW spiegelt sich in Stellungnahmen zu schulpolitischen Fragen und der Herausgabe von Broschüren, die Sie auf der Internetseite ww.bistum-muenster.de unter Schule + Erziehung > Schulpastoral > Eltern und Schule finden. Gesetzestexte zum Thema Schule finden sich auf der Seite www.bildungsportal.nrw.de

Herausgeber:

**Katholische Elternschaft Deutschlands
KED in NRW – Landesverband**

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

Der KED Kurier – die Mitgliederinformation der KED in NRW – erscheint dreimal im Jahr und ist erhältlich bei der KED in NRW oder bei der KED in Ihrem Bistum.

KED IM BISTUM AACHEN e.V.

Betrrather Straße 22
41061 Mönchengladbach
Telefon: (02161) 84 94 99
E-Mail: ked-bistum-aachen@t-online.de

KED IM BISTUM ESSEN

Krusestraße 15
46238 Bottrop

KED IM ERZBISTUM KÖLN e.V.

Am Hofgarten 12
53113 Bonn
Telefon: (0228) 650062

KED IM BISTUM MÜNSTER

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

**Katholische Elternschaft (KED)
im Erzbistum Paderborn**

Konrad-Martin-Haus
Domplatz 15
33098 Paderborn
Telefon (05251) 125-1217
E-Mail: ked@erzbistum-paderborn.de